

Unsere Staatsbetriebe: Von der Bergbahn bis zum Matratzenbauer



– APA/G. FALLY

Staatsbeteiligungen entziehen sich oft jeglicher Logik. Die Begründung lautet meist: „Historisch gewachsen.“

Finanzminister Hans Jörg Schelling (ÖVP) erzählt gerne die Schnurre vom Fiaker im Schloss Schönbrunn. Der fährt im Schloss des Wirtschaftsministeriums los, durchquert dann den zum Landwirtschaftsministerium ressortierenden Schlosspark und landet schließlich im Tiergarten, der wieder zu den Agenden des Wirtschaftsministers zählt. Die Republik Österreich hat insgesamt 108 Unternehmensbeteiligungen, stellte jüngst der Rechnungshof fest. Und da sind Museen, Theater, Universitäten oder eben Schlösser gar nicht eingerechnet.

Fest steht: Bei den Koalitionsverhandlungen der schwarz-türkis-blauen Regierung zählt zum Kapitel Kassasturz auch eine Durchforstung der Bundesbeteiligungen. Ein haariges Unterfangen. Denn Logik steckt hinter dem Sammelsurium der Republik Österreich keine. „Wenn man etwa fragt, warum die Republik mit 23,3 Prozent an der Planai-Hochwurzen-Bahnen-Gesellschaft beteiligt ist, dann hört man meist nur eine Phrase: historisch Gewachsen“, erzählt der Strategieberater Stefan Höffinger. Er hat sich eingehend mit den Beteiligungen der Republik Österreich beschäftigt.

Und die sind eher „historisch verwachsen“, könnte man meinen. Denn bei all dem Beteiligungs-Wirrwarr stellt sich keiner mehr die Frage: Wozu braucht es diese Beteiligung? Was macht man damit? Und vor allem: Wer soll dafür zuständig sein?

Bisher wurden die Assets der Republik eher nach dem Zufallsprinzip an so ziemlich alle Ministerien aufgeteilt. Das Bundeskanzleramt hält sich die „Wiener Zeitung“. Das Finanzministerium hat natürlich die Hand auf die Österreichische Bundes- und Industriebeteiligungs-Agentur ÖBIB, die wiederum an

großen staatsnahen Konzernen wie der OMV, Telekom Austria oder Post Staatsanteile hält. Aber das Finanzministerium ist eben auch Teileigentümer der Schladminger-Seilbahn. Und nicht alle Beteiligungen des Staat werfen Dividenden ab. Das beste – besser gesagt schlimmste – Beispiel ist die Heta, das zwangsverstaatlichte Überbleibsel des Milliardengrabes Hypo Alpe Adria.

Wenig Logik bei den Zuständigkeiten

Logik sucht man bei der Kompetenzverteilung mitunter vergeblich. Nimmt man sich etwa die großen staatlichen Energieunternehmen her, dann ist etwa das Finanzministerium über die ÖBIB für die OMV zuständig, der Stromkonzern Verbund untersteht aber dem Wirtschaftsministerium. Das selbe Ministerium freute sich im Vorjahr über knapp eine halbe Milliarde Euro Gewinn, die die Bundesimmobiliengesellschaft BIG erzielt. Die größte Immobiliengesellschaft der Republik, die Österreichischen Bundesforste, denen knapp zehn Prozent der Staatsfläche gehören, ressortiert zum Landwirtschaftsministerium.

Mitunter wird es richtig tierisch. der Schönbrunner Zoo gehört dem Wirtschaftsminister, kaum werden die Pferde aber gesattelt - sprich Spanische Hofreitschule - zählt's zur Landwirtschaft. Ein Wunder, dass die „Spanier“ nicht längst zum Außenamt ressortieren.

Das Problem an der „historisch gewachsenen“ Konstruktion ist nicht nur die Unübersichtlichkeit. Das Geld, das der Staat aus diesen Beteiligungen einnimmt, verschwindet „im Budget“. Das hat in Österreich bekanntermaßen Tradition. Die Wohnbauförderung dient bekanntlich auch schon lange nicht mehr dem Bau von Wohnungen, sondern zum Stopfen von Budgetlöchern.

Proporz als einzige Strategie

Staatliche oder staatsnahe Unternehmen assoziiert man bei uns weniger mit Dividenden und Staatsvermögen als vielmehr mit Proporz, politischer Besetzung und Einflussnahme. Das hänge viel damit zusammen, dass der Wert dieser Unternehmen, nicht bekannt ist, meint Strategieberater Höffinger. Nur wenn klar ersichtlich sei, wofür die Gewinne verwendet werden, entstehe „Verantwortungsbewusstsein“. Je klarer der Verwendungszweck geregelt ist, umso weniger Spielraum bleibt für parteipolitische Begehrlichkeit. Und umso mehr Akzeptanz für Staatsbeteiligungen gibt es in der Bevölkerung. Bestes Beispiel dafür ist etwa der norwegische Staatsfonds (siehe Seite 1).

Aber noch zählt Österreich eher zu den Ländern mit großen Spielräumen und noch größeren Begehrlichkeiten. In Österreich kümmert sich etwa das Wissenschaftsministerium nicht nur um sämtliche Universitäten, sondern ist auch 100-Prozent-Eigentümer der Österreichischen Mensen-Betriebsgesellschaft.

Das staatliche Gastrounternehmen betreibt etwa 50 Kantinen von der Polizeikantine in der Rossauer Kaserne über den Café Schrödinger an der TU Wien bis hin zum Catering-Service für Hochzeiten, Business-Veranstaltungen und Großevents. Jetzt ist gegen eine gute Kantine bei Leibe nichts einzuwenden, aber die Zukunftsstrategie hinter eine staatlichen Beteiligung an Gasthäusern ist nicht leicht zu erkennen.

Bleibt also abzuwarten, ob Schwarz-türkis-blau eine Neuordnung der Staatsbeteiligung schafft – eine strategische wohlgerne, keine parteipolitische, oder ob sie es sich wie all die anderen Regierungen mit dem Stehsatz „historisch Gewachsen“ bequem macht.

So bequem wie auf dem Mobiliar der Polstermöbel- und Matratzenerzeugung Augarten. Auch ein Staatsunternehmen. Wer hätte daran gezweifelt?

Was Schwarz-Blau mit den Staatsbetrieben vor hat

Die Republik hat 108 Unternehmen, aber keine Idee, was sie mit ihnen tut. Schwarz-Blau verhandelt nun, Beteiligungen zu bündeln. Ein „Standortfonds“ soll die Renditen sinnvoll reinvestieren.



THEMENBILD, Kapruner Hochgebirgsstauseen – JFK / EXPA / picturedesk.com

[13 Kommentare](#)

Von Matthias Auer und Gerhard Hofer

10.11.2017 um 13:50

„Große Löcher“ haben die schwarz-blauen Regierungsverhandler bei ihrem Kassasturz nicht gefunden, wie es der Freiheitliche Norbert Hofer ausgedrückt. Vermutlich sind die Koalitionspartner in spe aber über etwas anderes gestolpert: über den Schatz des Staates. Die Republik ist an über hundert Unternehmen beteiligt, drei Dutzend davon gelten als „marktnah“, verdienen ihr Geld also im Wettbewerb mit privaten Firmen. Neben den großen Beteiligungen im Rahmen der Staatsholding Öbib (früher ÖIAG) Telekom Austria, Post und OMV sind wohl die ÖBB und der Verbund am bekanntesten. Das Problem: Die Verantwortung für die gut 30 Firmen verteilt sich auf sieben Ministerien, eine gemeinsame Strategie für die Beteiligungen fehlt komplett. Und die drei Milliarden Euro, die alleine die Unternehmen der Öbib seit 2003 an Dividenden an den Staat ausgeschüttet haben, sind im Budget versickert. Das soll sich nach Informationen der „Presse“ in der neuen Regierung ändern.

Die Staatsfirmen sollen neu strukturiert und ihre Einnahmen gezielter verwendet werden. Pläne und Konzepte gibt es viele, Tabus hingegen kaum. Nur eines: „Es geht uns hier sicher nicht um Privatisierungen“, heißt es im Kreis der Koalitionsverhandler. Im Gegenteil: Am Ende könnte sich die

Regierung sogar dafür entscheiden, strategisch bei einigen Unternehmen zuzukaufen, und sich von anderen zu trennen.

Mehr Staatsbetriebe unter ein Dach

Oberstes Gebot ist eine Vereinfachung der Strukturen: Das Wirrwarr an Zuständigkeiten (siehe Seite 2) soll ein Ende finden und so viele Firmen wie möglich unter einem neuen Dach zusammengefasst werden. Zusätzlich zu Post, Telekom, OMV, Casinos, etc. sind auch der Stromkonzern Verbund, die Bundesimmobiliengesellschaft BIG und (in einem zweiten Schritt) sogar Teile der ÖBB heiße Kandidaten dafür.

Ist das geschehen, muss die Regierung entscheiden, was sie mit der guten halben Milliarde Euro tun will, die ihre Unternehmen Jahr für Jahr ausschütten. Ein Konzept sieht dem Vernehmen nach vor, die Einnahmen der Infrastrukturbetriebe wieder in den Ausbau der Infrastruktur zu stecken, die Ausschüttungen der übrigen Beteiligungen sollen in einen „Österreich-Fonds“ fließen. Dieser Fonds würde die Rendite der Staatsbetriebe in den Standort Österreich reinvestieren und Anteile an strategisch wichtigen heimischen Unternehmen kaufen. Auch private Investoren sollen – etwa mit der Aussicht auf rechnungshofgeprüfte Investments – an Bord geholt werden, um die Mittel zu erhöhen und mögliche Probleme beim EU-Beihilfenrecht zu umschiffen.

Vorbilder für einen zentralisierten und aktiveren Standort-Fonds gibt es - wie so oft - in Finnland, Dänemark und vor allem Norwegen. Mit dem norwegischen Staatsfonds verfolgt die Osloer Regierung eine klare Strategie: Die Einnahmen aus dem Ölgeschäft sollen so angelegt werden, dass auch dann noch Wohlstand herrscht, wenn die Welt keine fossilen Brennstoffe mehr braucht. Nationale Scheuklappen gibt es nicht. Mit einem Vermögen von acht Billionen norwegischen Kronen (840 Milliarden Euro) ist Norwegens Staatsfonds der größte Aktionär der Welt und hält Anteile an 9000 Firmen von Apple bis zur Supermarktkette Tesco.

Zu viel Dividende für Budgetkosmetik

Für die Volkspartei ist es nicht der erste Anlauf zur Aufwertung der Staatsholding. Bei den letzten Regierungsverhandlungen scheiterte sie mit ihren Zentralisierungsplänen am Widerstand der SPÖ, die „ihre“ Unternehmen nicht in Händen eines schwarzen Ministeriums sehen wollte. Ähnliche Vorbehalte gibt es auch bei den Freiheitlichen. Das neue Konzept, österreichische Gewinne explizit in österreichische Unternehmen zu investieren, könnte den Freiheitlichen allerdings gefallen, so das Kalkül der türkisen Verhandler.

Und selbst für das machtpolitische Farbenspiel gibt es Anleitungen aus dem hohen Norden: Etliche skandinavische Länder haben die Verwaltung der Staatsbetriebe einer externen Holding übertragen, die Kontrollrechte üben zu gleichen Teilen zwei Ministerien aus.

Im besten Fall bedeutet das neue Konzept für die Steuerzahler eine möglichst hohe Unabhängigkeit der Unternehmen vom Zugriff der Politik und einen klaren Auftrag, was mit den erwirtschafteten Geld passieren soll. Ansonsten muss wieder der Rechnungshof ausrücken, der erst im Frühling kritisiert hat, dass der Fiskus den Staatsbetrieben zu hohe Dividenden abverlange, um selbst Budgetkosmetik zu betreiben.